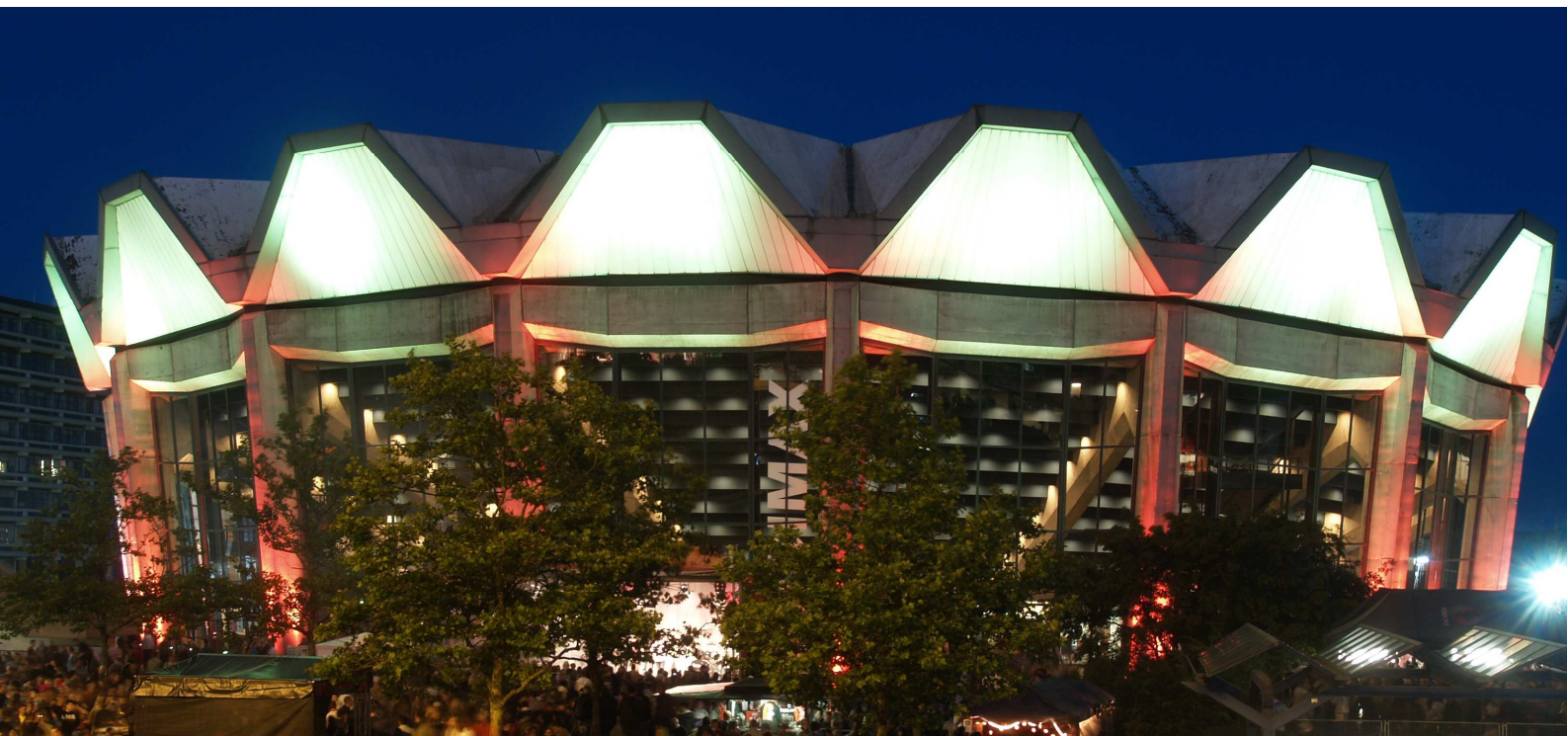


**Wahl zum Studierendenparlament
23.01. bis 27.01.2012**



Wahlprogramm der Juso-Hochschulgruppe Bochum



ViSdP.

Kathrin Jewanski

Postfach der Juso Hochschulgruppe

Ruhr Universität Bochum

Universitätsstraße 150

44801 Bochum

jusos@rub.de

Inhaltsverzeichnis

1. SELBSTVERSTÄNDNIS DER JUSO - HSG BOCHUM	3
2. mehr HOCHSCHULDEMOKRATIE wagen	6
3. STUDIENGEBÜHREN	10
4. Neue Rezepte für das AKAFÖ	11
5. MASTER für alle	12
6. BAFÖG	13
7. BIBLIOTHEKEN	14
7. BARRIEREFREIHEIT	15
8. DATENSCHUTZ IST MENSCHENRECHT	16
9. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT / MINDERHEITENSCHUTZ /ANTIFASCHISMUS	17
10. FACHSCHAFTEN unterstützen	19
11. INITIATIVEN bringen Leben auf den Campus	21
12. KULTUR AUF DEM CAMPUS	23
13. so sieht UNSER ASTA aus	25

1. Selbstverständnis der Juso - HSG Bochum

Die Juso-Hochschulgruppe an der Ruhr-Universität Bochum ist ein studentischer Interessenverband, mit dem Ziel die Rechte der Studierenden zu erweitern und aktiv zu verteidigen. Bei uns können alle aktiven RUB-Studierende mitmachen, die sich mit den Grundwerten der Sozialdemokratie einverstanden fühlen.

Wir bekennen uns zum Weltbild des demokratischen Sozialismus. Wir lehnen daher totalitäre Strukturen und ein Freiheitsverständnis im Sinne der totalen wirtschaftlichen Freiheit ab. Unser Ziel ist die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an Bildung und Wohlstand.

Um dies zu gewährleisten setzen wir uns für demokratische Mitbestimmungsmodelle ein, die alle gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Die verfasste Studierendenschaft ist deswegen für uns nicht nur ein Wort, sie ist für uns die Voraussetzung für eine Beteiligung von Studierenden an der Hochschul- und Gesellschaftsentwicklung.

Gerade die aktuellen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen und auch an unserer Ruhr-Universität zeigen: Der Einsatz für die verfasste Studierendenschaft und damit der demokratischen Rechte der Studierenden ist nötiger denn je.

Die verfasste Studierendenschaft – hier sind gemeint: AStA und Studierendenparlament – leiden seit Jahren an mangelndem Vertrauen der Studierenden. Daran sind vor allem die mangelnde Transparenz sowie eine fehlerhafte Informationswirtschaft schuld. Wir als Juso Hochschulgruppe verstehen den AStA auf der einen Seite als Dienstleister für die Studierenden, auf der anderen Seite muss er auch die Studierendenschaft nach Außen hin vertreten. Dies ist nur durch einen breiten Konsens innerhalb aller Studierenden möglich. Der AStA darf nicht nur einen kleinen Teil vertreten. Hier wollen wir ansetzen. Zusammen mit den

Fachschaften, die den direkten Kontakt zu ihren Studierenden haben, wollen wir das Vertrauen der Studierenden zurück gewinnen.

Die altgedienten Grabenkämpfe zwischen den Listen, die damals wie heute oft tonangebend sind, werfen die politische Arbeitsfähigkeit der Studierendenvertretung nach hinten. Oftmals stehen die Inhalte nicht im Vordergrund:

Nicht für die Juso Hochschulgruppe. Wir wollen neue Inhalte setzen und für Veränderung eintreten.

Durch die Jahre konnten einzelne Listen innerhalb der Studierendenschaft eine Struktur aufbauen, welche langjährige Mitglieder in die Lage versetzte außerordentliche finanzielle Vorteile aus ihrem Engagement zu ziehen. Auch aus diesem Grund wird ein möglicher politischer Machtwechsel zu einer privaten Angelegenheit. Um das Vertrauen der Studierenden in die Studierendenvertretung zu stärken, muss diese Art der Günstlingswirtschaft beendet werden. Dort nehmen wir nicht nur uns in die Pflicht: Auch von allen anderen Listen erwarten wir ein Umdenken. Der AStA soll nicht mehr länger altgediente Listenmitglieder außerordentlich versorgen.

Wir fordern: Raus aus den alten Strukturen. Der AStA muss seine Position innerhalb der Verfassten Studierendenschaft neu finden und definieren. Die gegebenen Strukturen müssen überarbeitet werden, so dass eine langfristige Positionierung der Studierenden durch die verfasste Studierendenschaft gewährleistet ist. Die Studierendenvertretung soll alle Studierenden vertreten.

Wir wollen Legitimation. Legitimation bedeutet, dass wir dem Auftrag der Studierendenschaft brauchen. Dieser Auftrag kann nur aus dem Ergebnis der Studierendenparlamentswahl hervorgehen. Sobald sich Menschen eigenmächtig zu VertreterInnen bestimmter Gruppen ernennen, ist der demokratische Prozess in Gefahr. Deswegen ist der Kampf gegen Studiengebühren, die Vertretung der Studierenden gegenüber der Universität und gegenüber der Öffentlichkeit die Aufgabe der gewählten Gremien. Die Studierenden müssen verstehen, wie wichtig es ist ihr demokratisches Mandat an der Universität wahr zu nehmen.

Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen, so wie unserer Mutterpartei es bei der letzten Landtagswahl geschafft hat. Durch einen starken Wahlkampf und einem tolles Wahlergebnis haben wir es geschafft die Kahlschlagpolitik von CDU und FDP endlich zu beenden und NRW wieder zu einem sozialdemokratischen Ort gemacht. Wie wir es immer versprochen haben, haben wir uns nicht nur nach außen sondern auch innerhalb der SPD immer dafür stark gemacht, dass die Studiengebühren abgeschafft werden müssen. Mit Erfolg, dank dem engagierten Einsatz, vor allem der Jusos, wurden die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/2012 abgeschafft.

Wir wollen Solidarität unter den Studierenden. Zwischen Seminaren, Hörsälen und Hausarbeiten darf diese nicht verloren gehen. Eine Hochschullandschaft, die Egoismus vorlebt, endet in Gleichgültigkeit.

Wir wollen für die Studierendenschaft da sein. Bei Problemen wollen wir helfen. Wir treten nicht zur Studierendenparlamentswahl an, um den uns nahe stehenden Initiativen zu helfen oder Klientelpolitik für politisch extreme Minderheiten zu betreiben. Wir wollen alle der 36.000 Studierenden an der Ruhr-Universität Bochum vertreten.

2. mehr Hochschuldemokratie wagen

Wir fordern: Transparenz, Mitbestimmung und eine Vertretung für alle Studierenden.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Dieser Leitsatz von Willy Brandt ist auch unser Antrieb, für die Studierenden an der Ruhr-Universität Veränderungen zu erreichen. Die Beteiligung der Studierenden an allen demokratischen Prozessen an der Universität ist unser erstes Anliegen.

Wir fordern eine Studierendenvertretung, die alle Studierenden vertritt. Unabdingbar ist hierfür, dass die Wahlbeteiligung bei den Gremienwahlen (Fachschaften, Studierendenparlament, Senat/Fakultätsräte) steigt. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärungsarbeit, die die unterschiedlichen Gremien und ihre Aufgaben vorstellt. Wichtig ist aber auch, dass dabei konkret über die Tätigkeit der StudierendenvertreterInnen berichtet wird. Transparenz ist für uns das höchste Gebot. Nur wer transparent arbeitet kann andere motivieren sich selbst zu engagieren.

Wir arbeiten auf zwei Ebenen: Zum einen auf der universitären Ebene, auf der wir die Prozesse an der Ruhr-Universität begleiten, bewerten und beeinflussen wollen. Zum anderen auf der politischen Ebene, auf der wir über die Jusos und die Juso-Hochschulgruppen Einfluss auf die Politik der SPD, sowie auf die Bundes- und Landespolitik nehmen wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Beteiligung der Studierenden auch in den Hochschulgesetzen gestärkt werden. Das heißt: Der Senat als höchstes Gremium muss wieder paritätisch besetzt sein. Daher sollten alle Gruppen der Universität (Studierende, MitarbeiterInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, ProfessorInnen) über die gleiche Fraktionsstärke verfügen. Zur Zeit verfügt die Fraktion der ProfessorInnen automatisch über eine Stimmmehrheit im Senat – dies ist undemokratisch, weil die größte Gruppe, die der Studierenden, damit in vielen

Angelegenheiten ihre Interessen nur unzureichend einbringen kann. Das Bundesverfassungsgericht untersagt eine paritätische Besetzung der Universitätsgremien, wenn sie in die Forschungsarbeit eingreifen können. Nicht aber, wenn es um die Ausgestaltung der Universität und über die Lehre geht. Hier müssen die Rechte der Studierenden gestärkt werden.

Der Hochschulrat, dem ein Vetorecht zum Universitätshaushalt zusteht und maßgeblich an der Wahl des Rektorats beteiligt ist, muss in seinen massiven Kompetenzen beschnitten werden. Er besteht ausschließlich aus so genannten „externen“ Personen, die mit der Universität nichts weiter zu tun haben. Die Wahl des Rektors und die Finanzplanung sind Angelegenheiten, die alleinig in die Gremien der Hochschulangehörigen gehören. Das Modell Hochschulrat muss nach der geltenden Rechtslage modifiziert (Zulassung auch interner Personen im Hochschulrat) und auf Landesebene abgeschafft werden.

Die vier studentischen SenatorInnen im Senat der Ruhr-Universität leisten für die Studierenden eine wichtige Arbeit. Leider erfahren die Studierenden von dieser Arbeit nur recht wenig. Zwar gibt es einen Vertreter der Senatsfraktion, der so genannte „Gremienbeauftragte“, der die Zusammenarbeit zwischen AStA, SP und studentischer Senatsfraktion koordinieren soll, jedoch beschränkt sich unser Politikverständnis nicht nur auf die Bildung von Netzwerken. Die Senatsfraktion, sollte in Zusammenarbeit mit dem AStA, regelmäßig über die aktuellen Ereignisse im Senat berichten. Schließlich ist der Senat das höchste Gremium an der Universität – und hat zum Beispiel über die Universitätsfinanzen, Studiengebühren und die Zuschnitte der Fakultäten zu entscheiden.

In den Gremien der Studierendenschaft (Fachschaften, Studierendenparlament, AStA) wollen wir mehr Transparenz, Demokratie und Beteiligung. Über das Internet und weitere Publikationen wollen wir die Arbeit in den Gremien offener und verständlicher gestalten. Alle Beschlüsse des AStA sollen auf der Internetseite des AStA einzusehen sein. Die Gremien brauchen keine Geheimnisse vor den Studierenden hüten.

Mit Informationsvollversammlungen, die einmal im Monat stattzufinden haben, wollen wir mit den Studierenden zusammen die Inhalte und Aktionen, die für die kommenden Wochen und Monate angedacht sind, diskutieren und verbessern. Wir wollen, dass sich alle Studierenden in die Hochschulpolitik einbringen können. Dazu bedarf es offener Strukturen, die nicht von einzelnen Hochschullisten oder Gruppen abhängen.

Zu wichtigen Themen wollen wir die Studierenden mittels Urabstimmungen befragen. Die Beteiligung der Studierendenschaft an bundesweiten Projekten oder Veranstaltungen bedarf einer breiten Unterstützung – eine breite Unterstützung ist nicht über Abstimmungen im Studierendenparlament herzustellen, sondern durch das breite und klare Votum der Studierenden an der Ruhr-Universität.

Der AStA unterstützt viele Initiativen und Gruppen, die politische und nicht politische Arbeit leisten. Leider ist die Vergabe der Mittel für Initiativen durch den AStA zur Zeit sehr intransparent gestaltet. Das soll sich ändern! Alle Gruppen und Initiativen, die eine Förderung durch den AStA erhalten wollen, müssen mit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Unterstützung einverstanden sein. So wollen wir dem Eindruck von Intransparenz und Kungel entgegenwirken. Zudem soll gelten: Die Initiativenförderung soll vor allem den Initiativen und Gruppen an der Ruhr-Universität helfen – dafür leisten die Studierenden ihre Beiträge.

AStA und Studierendenparlament besitzen das umstrittene allgemein politische Mandat. Dies soll auch von den gewählten Gremien wahrgenommen werden. Der AStA vertritt die Studierendenschaft vor der Öffentlichkeit und den Universitätsgremien. Diese wird, so die Juso-Hochschulgruppe im nächsten AStA vertreten sein sollte, auch wieder wahrgenommen.

Der AStA hat außerdem die Pflicht, politische und gesellschaftliche Bildungsangebote bereitzustellen. Wir wollen, dass der AStA ein politisches Vorlesungsverzeichnis erarbeitet, in welchem die Veranstaltungen, Seminare und co. zur politischen und gesellschaftlichen Bildung aufgelistet sind. Wichtig ist für uns, dass diese Veranstaltungen möglichst viele Studierende ansprechen und somit von der Mehrheit der Studierenden auch genutzt wird.

Der AStA hat die Aufgabe, sich zu allen gesellschaftlichen Themen zu äußern und Stellung zu beziehen. Der Campus ist kein eigenes Universum. Die Studierenden haben vielfältige Interessen, die auch die verfasste Studierendenschaft zu berücksichtigen hat. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für frisch ausgebildete Akademiker, die Gleichstellung der Geschlechter oder auch die Förderung von Familie und Beruf sind gesellschaftspolitische Themen, die auch für Studierende von Belang sind. Wer das allgemeinpolitische Mandat ablehnt, lehnt die Wahrnehmung der Rolle der Studierenden als progressiven Teil der Gesellschaft ab.

3. Studiengebühren

Jegliche Arten von Studiengebühren bzw. Studienbeiträge sind sozial ungerecht und haben in einem Bildungssystem, das durchlässig und sozial gerecht gestaltet sein sollte, nichts verloren. Der erste Schritt zur baldigen Abschaffung ist durch das Landtagswahlergebnis in Nordrhein-Westfalen getan.

Durch den Erfolg von Rot-Grün und der Abwahl von Jürgen Rüttgers wurde der Weg für ein Studium ohne Studiengebühren frei.

Zum Wintersemester 2011/2012 wurden die Studiengebühren durch die Landesregierung in NRW abgeschafft. Wir als Jusos haben uns innerhalb der Partei immer für die Abschaffung eingesetzt, mit Erfolg! Ohne den engagierten Einsatz vieler Juso-Hochschulgruppen in ganz NRW, würden Studiengebühren den Weg vieler junger Abiturienten zum Studium verbauen.

Studiengebühren sind nicht nur sozial äußerst selektiv, sondern schaden auch dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und damit der Teilhabe aller. Wir sind überzeugt davon, dass Bildung immer Zukunft bedeutet. Deshalb sollte jeder – gleich seiner Herkunft – vor dem Bildungssystem gleich sein.

4. neue Rezepte für das Akafö

Studierende treten als MieterInnen in Wohnheimen, als Essende und Trinkende in der Mensa und den Cafeterien, als BesucherInnen des AKAFÖ-Kulturangebots (Boskop) und als BezieherInnen von BAföG als Nutzer der Leistungen des AKAFÖ auf. Wir wollen diese gegenüber dem AKAFÖ vertreten und für bessere Leistungen und günstige Preise weiter kämpfen. Mietpreiserhöhungen und erhöht Kaffee- und Essenspreise sind für uns zunächst ausgeschlossen, wenn das AKAFÖ nicht auf anderem Gebiet versucht Kosten einzusparen. Der Service des AKAFÖ gegenüber den Studierenden soll von den Mitgliedern des Verwaltungsrats und dem AStA kritisch begleitet werden.

Wir fordern eine gerechte Verteilung der Sitze im Akafö-Verwaltungsrat, die sich, analog zu den Besetzungen von Aufsichträten in der Kommunalpolitik, an den Mehrheitsverhältnissen des gesamten Studierendenparlaments orientiert.

Wir wollen eine transparente und gute, aber auch eine kritische Zusammenarbeit mit dem Akademischen Förderungswerk (AKAFÖ). Kraft Satzung und Gesetz sind StudierendenvertreterInnen in den Verwaltungsrat des AKAFÖs zu entsenden. In den letzten Jahren war es stets so, dass nur die AStA stellenden Listen Studierende in das entsprechende Gremium entsenden konnten. Diese fragwürdige und undemokratische Praxis wollen wir nicht fortsetzen.

5. Master für alle

Durch Zulassungsbeschränkungen für Master-Studiengänge wurde eine weitere Hürde in die Bildungslandschaft gebaut, durch die wieder einmal nur BachelorabsolventInnen kommen, die gute oder sehr gute Noten haben. Beim Bachelor-Studium zählen die Noten meist von Anfang an. Prüfungsleistungen sind dabei geprägt von Auswendiglernen. Vor Allem Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, haben häufig nicht so viel Zeit zum Lernen wie Studierende, die sich keine finanziellen Sorgen machen müssen. Auch Studierende aus nicht-akademischem Hintergrund schreiben oft weniger gute Noten, da sie sich erst einmal an der Hochschule zurechtfinden müssen. Ausländische Studierende haben zusätzlich sprachliche Hürden.

Wir wissen, dass die meisten Bachelor-Studierenden einen Master anstreben, da nach dem Bachelor-Abschluss keine adäquaten Berufschancen in Sicht sind. Der Bachelor-Abschluss ist in Deutschland bisher nicht als vollwertiger akademischer oder berufsqualifizierender Abschluss anerkannt.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, allen Bachelor-Studierenden, die gerne einen Master machen wollen, diesen auch zu ermöglichen, um ihnen prekäre Arbeitsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit zu ersparen und ihnen eine freie Berufswahl zu ermöglichen.

6. Bafög

Wir fordern trotz der Abschaffung der Studiengebühren eine finanzielle Unterstützung für Studierende aus finanziell schwachen Haushalten.

Wir unterstützen die Forderungen der neuen Landesregierung im Bund auf eine Weiterentwicklung des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) hinzuwirken.

Immer wieder tauchen bei der Bewilligung der BAföG-Gelder Probleme auf: Selbst bei geringen Einkommen der Eltern kann es passieren, dass deren Kinder kein BAföG erhalten. Auch aus diesem Grund fordern wir ein BAföG, das unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt wird.

Die BAföG-Verwaltung muss flexibler und schneller arbeiten. Immer wieder kommt es zu Beschwerden an der Universität, weil die BAföG-Bescheide zu spät oder teils fälschlicherweise gar nicht erteilt werden. Hier sind vor allem die StudierendenvertreterInnen im AKAFÖ-Verwaltungsrat gefragt, welche die Situation der BAföG-Studierenden verbessern müssen.

7. Bibliotheken

Wir fordern eine Verbesserung der Ausstattung in den Fach-Bibliotheken und in der Uni-Bibliothek.

Die bereits erfolgte Erweiterung der Öffnungszeiten sollte auch bei den Fach-Bibliotheken weiter vorangetrieben werden. Die Ausstattung mit Lehrmaterial an den Bibliotheken ist notwendiger als die Beschaffung eines 20. Fakultätsbeamers.

8. Für einen barrierefreien Campus

Wir wollen auch das Mandat für körperlich benachteiligte Studierende wahrnehmen. Wir sind der Meinung, dass diese Studierenden sich selbst am besten vertreten können.

Deswegen fordern wir ein autonomes Referat für Menschen mit chronischen Erkrankungen/körperlichen oder geistigen Behinderungen.

Die Situation für Studierende mit Behinderungen hat sich in den letzten Jahren nicht grundlegend verbessert. Die Fußwege auf dem Campus (Stichwort: Platten auf dem Nordforum und auf dem Forumsplatz) brechen inzwischen schon durch und werden nur notdürftig ausgebessert. Die Fahrstuhlproblematik hat sich ebenso nicht verbessert.

In Zusammenarbeit mit dem AStA soll es den angesprochenen Studierenden mehr Gehör gegenüber der Universität und den Fakultäten geben.

9. Datenschutz

Wir fordern einen studentischen Datenschutzbericht als unabhängiges Dokument zur Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Normen an der Universität.

Das oben stehende Bekenntnis ,des Datenschutzes als Menschenrecht, soll nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Gerade im Bereich der Vergabe von Leistungen und Kursteilnahmen über das VSPL sind Verstöße anscheinend regelmäßig auf der Tagesordnung. In Zusammenarbeit mit den Fachschaften und der studentischen Senatsfraktion soll einmal im halben Jahr der studentische Datenschutzbericht herausgegeben werden.

Wir bekennen uns zur geschlechtergerechten Universität und bekämpft jede Form der Diskriminierung der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen.

Die Arbeit zur Überwindung von Vorurteilen gegenüber Geschlechtern durch Initiativen und Institutionen wird unterstützt, wenn sich die entsprechenden Stellen zu einer transparenten Ausgestaltung ihrer Arbeit bereit erklären.

Gerade Studierenden mit Kind soll eine besondere Unterstützung gewährt werden. Die Arbeit der Unizwerge soll wieder vom AStA unterstützt werden. Die Benachteiligung von studentischen Eltern im Studium wird bekämpft werden.

Die Arbeit des AStA zu diesem Punkt findet in enger Abstimmung mit den autonomen Referaten für Schwule und für Frauen/Lesben statt. Die Gleichstellung beider Referate ist selbstverständlich.

Die Diskriminierung von Studierenden nicht-deutscher Herkunft ist ebenso zu bekämpfen. Hierbei wollen wir vor allem eigene Akzente im Bereich der antirassistischen und -faschistischen Arbeit setzen. Darüber hinaus soll die Arbeit des AusländerInnenreferats stärker unterstützt werden. Ein eigenes AStA-Referat, dessen Kompetenzen mit denen des Autonomen AusländerInnenreferats kollidiert, ist nicht – wie im amtierenden AStA – geplant.

Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland leiden unter strengen Aufenthaltsbedingungen. Ihnen ist es so zum Beispiel gestattet nur einen geringen Geldbetrag für das Bestreiten des Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit zu verdienen. Aus diesem Grund benötigen diese Studierenden einen besonderen Rechtsschutz. Dieser muss weiter und stärker gewährleistet werden.

Rechte Gruppierungen an der Universität müssen gestellt werden, dies gilt im Besonderen für solche, die am rechten Rand als Scharnier zwischen Rechtsextremismus und der konservativen Rechten gesehen werden. Burschenschaften mit ihrem reaktionären, frauenfeindlichen und elitären Weltbild

gehören nicht auf den Campus. Die politische Arbeit gegen solche Gruppen ist weiterhin notwendig und wird von uns unterstützt.

Wir fordern:

- Eine Satzung für jede Fachschaft, für mehr Konstanz der Fachschaften
- VertreterInnen der Fachschaften in allen Gremien, auch dem AStA Vorstand - Vernetzung der Organe der studentischen Selbstverwaltung
- Fachschaften gerecht finanzieren

Die Juso-Hochschulgruppe Bochum versteht sich als Basisgruppe. Die besondere Nähe zu den Fachschaften ist aus diesem Grund deutlich mehr als ein Lippenbekenntnis. Die Fachschaften und Fachschaftsräte als wichtige Gremien der Studierendenschaft müssen weiter und besser unterstützt werden.

Dies betrifft zum einen die rechtliche Stellung der Fachschaften und deren VertreterInnen sowie die finanzielle Unterstützung durch den AStA.

Wir wollen, dass die Fachschaften über klare Strukturen verfügen. Da viele Fachschaften aufgrund des aufwendigen Tagesgeschäfts keine Zeit haben, sich eine eigene Satzung zu geben, ist das Studierendenparlament gefragt. Eine wasserdichte Rahmensatzung für alle Fachschaften, welche die Arbeit der Fachschaften rechtlich verbindlich und zuverlässig gestaltet, soll in Zusammenarbeit mit den Fachschaften endlich auf den Weg gebracht werden.

Alle Gremien, in denen VertreterInnen der Studierendenschaft sitzen, sollen auch mit FachschaftsvertreterInnen besetzt werden. Dies gilt im Besonderen für den Verwaltungsrat des Akademischen Förderungswerks, sowie einen neu zu bildenden Herausgeberrat der Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung (BSZ). Nach dem Beispiel anderer Universitäten soll eine Person aus den Reihen der FachschaftenvertreterInnenkonferenz (FSVK) Mitglied des AStA-Vorstands werden. Wir wollen die VertreterInnen der Fachschaften an allen politischen Prozessen der Universität teilhaben lassen. Dafür ist eine Änderung der Satzung der Studierendenschaft notwendig, die wir auf den Weg bringen werden.

Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Fachschaften neu definieren. Eine neu zu gestaltende Finanzordnung soll die bisher praktizierte finanzielle Gleichstellung

ablösen. Denn diese Praxis verstößt gegen geltendes NRW-Recht, da die Anzahl der Studierenden pro Fachschaft nicht berücksichtigt wird. An der Ruhr-Universität gibt es Fachschaften mit 200-300 Studierenden und Fachschaften mit weit über 2000. Da der Aufwand für Serviceleistungen in den „größeren“ Fachschaften auch finanziell größer ist, wollen wir die Finanzierung wieder gerechter gestalten. Dabei wollen wir nicht nur auf die Größe der Fachschaften eingehen, sondern auch die Anzahl der möglichen Abschlüsse berücksichtigen. An dem Grundbetrag für alle Fachschaften wollen wir jedoch nicht rütteln: Auch die „kleineren“ Fachschaften werden sich hier auf uns verlassen können.

Wahlprogramm der Juso Hochschulgruppe Bochum

12. Initiativen bringen Leben auf den Campus

Wir fordern starke studentische Initiativen, die das Leben auf dem Campus bereichern.

Dabei spielt es keine Rolle, ob es politische, kulturelle oder andere Vereinigungen sind. Um die Arbeit dieser Initiativen nachhaltig zu unterstützen, muss sich die Studierendenschaft zu den studentischen Initiativen bekennen.

Wir wollen die bekannten und „alt eingesessenen“ Initiativen an der Ruhr-Universität wieder mit Geldern aus Haushaltstöpfen ausstatten, die ausschließlich für diese Initiativen eingerichtet werden.

Zurzeit ist es so, dass der AStA alle Initiativen, vornehmlich außeruniversitäre, aus einem einzigen Haushaltstopf unterstützt und dabei nach dem Verfahren „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ vorgeht. Dies wollen wir nicht: Die Initiativen wie z.B. CT – Das Radio, Studienkreis Film (SKF), Unizwerge, das Theaterfestival MegaFON werden sich auf uns als zuverlässige Partner verlassen können.

Die Unterstützung beläuft sich nach unserem Verständnis nicht nur auf die Bewilligung von Fördergeldern. Die Hilfe bei der Gestaltung von Flugblättern und die Bereitstellung der Räumlichkeiten des KulturCafés sind ebenso selbstverständlich.

Wir fordern, dass fortan nur Initiativen unterstützt werden, wenn der Bezug zum Campus der Ruhr-Universität Bochum klar zu erkennen ist. Wir werden keine Initiativen unterstützen, die nicht zum Campusleben beitragen.

Die Unterstützung politischer Initiativen erfolgt auf der Basis politischer Neutralität. Ausgeschlossen wird die Unterstützung politischer Gruppierungen, die an den Wahlen zum Studierendenparlament teilnehmen.

Besonders wichtig, für eine finanzielle Unterstützung durch die Studierendenschaft, ist die Voraussetzung, dass sich die Initiativen mit der Veröffentlichung der Förderung einverstanden erklären. Dieses Gebot der Transparenz ist für uns selbstverständlich, deswegen sollte es auch selbstverständlich für alle Gruppierungen sein, die eine Unterstützung durch den AStA erhalten wollen.

13.Kultur auf dem Campus

Wir fordern eine Kulturlandschaft an der Ruhr Universität die allen Studierenden eine Möglichkeit gibt ihrer eigenen Vorstellung von Kultur Ausdruck zu verleihen.

Wir fordern ein Kulturcafe, das für alle Studierende die Möglichkeit bietet sich wohlfühlen. Das Konzept des Kulturcafes muss überarbeitet werden. Zur studentischen Kultur sollen die Angebote des Kulturcafes ausgeweitet werden. Warum z.B. schließt das Kulturcafe vor der Unibibliothek, welche durch die verlängerten Öffnungszeiten bis 24h offen ist? Das Nahrungsangebot vom Kulturcafe muss frischer gestaltet werden. Ein neues Konzept muss dringend, in Kooperation mit den Geschäftsführern des Kulturcafes, erarbeitet werden.

Solange die Gebäude der Fakultäten nicht wieder für die Partys freigegeben werden soll das Kulturcafe dafür noch öfter zur Verfügung stehen. Für die großen Partys wie die GC Mania oder IB United kann dies jedoch keine langfristige Alternative sein. Hierfür muss eine Möglichkeit gefunden werden. In Kooperation mit den Fachschaften muss der Dialog mit der Univerwaltung gesucht werden. Es gibt vernünftige Ersatzmöglichkeiten, so kommen das TUZ oder das Hadenberghaus in Frage. In der Infoveranstaltung über das GD-Gebäude hat Rektor Weiler dieses als mögliche Location für die Partys nicht ausgeschlossen. Aus diesem wie aus vielen wichtigeren Gründen unterstützen wir den Bau des neuen Gebäudes.

Die Fachschafts- und Initiativenpartys sollen vom AStA stärker unterstützt werden. Die Übernahme von Werbe- und GEMA-Kosten sind bei Veranstaltungen, die im KulturCafé durchgeführt werden, selbstverständlich.

Wir wollen Kulturschaffende auf den Campus holen und KünstlerInnen auf dem Campus ermutigen, auch an ihrer Universität künstlerisch tätig zu werden. Deswegen wollen wir beim Campusfest auf dem Nordforum im Sommer ausschließlich studentische Musikgruppen auf die Bühne vor der Universitätsbibliothek holen.

Kulturschaffende Initiativen wie MegaFON oder das internationale Videofestival sollen in besonderem Maße vom AStA unterstützt werden.

In Zusammenarbeit mit den Wohnheimkneipen sollen regelmäßige Veranstaltungen in ebendiesen angeboten werden. An der Universität sollen freie Wände aufgestellt werden, auf denen Studierende Grafitti oder andere Bilder aufmalen können. Mindestens einmal im Jahr soll eine Ausstellung „Studentische Kunst“ an der Ruhr-Universität initiiert werden.

Auch die Geschichte der Universität, im Besonderen die Geschichte der Studierendenschaft der Ruhr-Universität, gehört in den von uns formulierten Aufgabenbereich der Kulturpolitik der Studierendenschaft. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll eine Ausstellung „Geschichte der Ruhr-Universität – Geschichte der Studierendenschaft“ vorbereitet werden. Das Archiv der Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung soll allen Studierenden zur Verfügung stehen.

14.so sieht unser AStA aus

In dem Wort „Studierendenvertretung“ sind zwei Worte versteckt: Zum einen die Studierenden, zum anderen die Vertretung.

Wir wollen, dass die Studierendenvertretung auch wieder alle Studierenden vertritt. Deswegen wollen wir die Serviceleistungen ausbauen.

Wir fordern eine neue Infobroschüre, die in Zusammenarbeit mit der Sozialberatung des AStA entworfen werden soll. Von oberster Priorität ist es diese hochschulöffentlich zu machen. Außerdem soll der AStA über die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden aufklären.

Wir fordern hierzu eine Infoveranstaltung des AStA zur Hochschulpolitik. Diese soll in Kooperation mit den Fachschaften, die selbst Tutorien anbieten, gestaltet werden.

Das AStA-Serviceferat soll seine Arbeit nicht nur in den Räumlichkeiten des AStA durchführen. Als „Mobiles Serviceferat“ soll es auch regelmäßig in den Cafeterien und in der Mensa Informationen und Beratungen anbieten.

Wir fordern eine campusweite Schließfachvermietung in Absprache mit der Universitätsverwaltung. Wenn wir die Universität attraktiver gestalten wollen müssen wir den Studenten die Möglichkeit geben sich an der Uni wohlfühlen und auch ihre Freizeit an der Uni zu verbringen. Für Studierende, die am Hochschulsport teilnehmen, wären diese Schließfächer eine große Entlastung.

Die Anzahl der Materialien (Beamer, Leinwände, Video- und Rechnertechnik), die Fachschaften und Studierende für eigene Vorträge und co. beim AStA ausleihen können sollen ausgeweitet werden.

Es soll eine Software-Zusammenstellung mit frei zugänglicher Software (Betriebssystem, Office und co.) auf CD im AStA kostenlos erhältlich sein. Vor allem wollen wir den Online-Service ausbauen. Wir müssen durch gezielte Informationspolitik mehr Studierende erreichen.

Folgende Punkte sind zum Ausbau des Online-Services sinnvoll:

1. Das bestehende Angebot mit Web 2.0 Plattformen verbinden – so sollen aktuelle Mitfahrangebote und co. auch aktuell via StudiVZ und twitter ins Internet gestellt werden.

2. Ausfälle im ÖPNV und auf den Straßen sollen rasch in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen ins Netz auf die AStA-Seite und auf den AStA-Verkehrstwitter gestellt werden.

3. Alle AStA-Referate sollen auch via ICQ, StudiVZ, twitter und Skype erreichbar sein.

4. Die Monatsprogramme des KulturCafés sollen an prominenter Stelle im Internet publiziert werden.

5. Die Belegungsübersicht des KulturCafés soll ebenso ins Internet gestellt werden, damit Initiativen und Fachschaften, die eine Veranstaltung im KulturCafé durchführen wollen, stets die aktuelle Verfügbarkeit der Räumlichkeiten bequem überprüfen können.

6. Alle Beschlüsse des Studierendenparlaments und des AStA werden unverzüglich ins Internet gestellt

7. Der Haushaltsplan wird auf der Internetseite des Studierendenparlamentes und des AStA veröffentlicht.

Wir wollen Teil des nächsten Allgemeinen Studierenden Ausschusses(AStA) sein und ihn maßgeblich mit- und umgestalten.

Die Satzung der Studierendenschaft erlegt dem AStA zwar eine Reglementierung auf, diese geht uns jedoch nicht weit genug.

In der Satzung müssen folgende Punkte verankert werden:

- Ein Mitglied der FSVK soll in den AStA Vorsitz entsendet werden. Dieses muss durch das Studierendenparlament bestätigt werden.
- Dem AStA muss auferlegt werden, dass dessen Sitzungsprotokolle regelmäßig hochschulöffentlich gemacht werden müssen, solange die mit den Grundlagen des Datenschutzes vereinbar ist.

Transparenz ist für uns das höchste Gebot, um Filz zu verhindern und die Unterstützung der Arbeit der Studierendenvertretung durch die Studierenden zu verbessern. Ein transparenter AStA hat offene und einfache Strukturen. Aus diesem Grunde wollen wir die Anzahl der Referate reduzieren. Die Studierendenvertretung muss sich erneuern. Deswegen wollen wir vor allem neuen Kräften die Chance geben.

Nach unseren Vorstellungen hat der AStA folgende Struktur:

1. Vorsitz

Der/die AStA-Vorsitzende vertritt die Studierenden vor allem nach außen und koordiniert die inhaltliche Arbeit der AStA-Referate. Dabei setzt er/sie auf die unabhängige Arbeitsweise der AStA-ReferentInnen. Darüber hinaus ist er/sie Personalchef für die Angestellten des AStA, die er/sie kollegial unterstützt. In regelmäßigen Abständen lädt der AStA-Vorstand Fachschaften und Rektorat zum „Runden Tisch“ ein. An dem unbürokratisch die Probleme und Wünsche der Studierenden angesprochen werden sollen. Gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Vorstands erstellt der/die AStA-Vorsitzende einen wöchentlichen Geschäftsbericht des AStA.

Es soll beschlossen werden, dass ein Vertreter der FSVK in den Vorstand aufgenommen wird. Dieser Vertreter ist durch das Studierendenparlament zu bestätigen.

Dies soll die Zusammenarbeit zwischen Fachschaften und AStA stärken. Um eine vernünftige Arbeit des AStA zu leisten muss die Kommunikation zwischen beiden Gremien besser funktionieren. Mit Hilfe der Fachschaften sollen die Studierenden

stärker an den demokratischen Mitbestimmungsprozessen der Universität beteiligt werden.

2. Finanzreferat

Die AStA-Finzen werden von einer/einem Finanzreferentin/Finanzreferenten geplant und betreut. Das Finanzreferat ist Ansprechpartner für alle studentischen Initiativen und Gruppen sowie für die Fachschaften. Die AStA-Finzen, die traditionell vom AStA-Sekretariat verwaltet werden, sind ständig vom Finanzreferat zu überprüfen. Bei absehbaren Abweichungen vom Haushaltsplan ist sofort ein Nachtragshaushalt zu erarbeiten. Der Finanzreferent gehört dem Vorsitz an.

3. Service, Verkehr, und Umwelt

Das Semesterticket ist eine Angelegenheit, die traditionell in den Aufgabenbereich der AStA-VerkehrsreferentInnen fällt. Gleichzeitig ist es das größte Serviceangebot, das der AStA den Studierenden ermöglicht. Deswegen wollen wir Verkehr und Service zusammenführen. Oftmals werden die Vereinbarungen zwischen AStA und den Verkehrsbetrieben nicht in den gesamten AStA kommuniziert – was dazu führt, dass die ServicereferentInnen als erste AnsprechpartnerInnen der Studierenden nicht über alle Regelungen und Neuerungen Auskunft geben können. Eine Zusammenführung ist deswegen nur sinnvoll.

Gemeinsam mit den anderen AStA-Referaten und den Beratungsstellen des AStA erarbeitet das Service-Referat Informationsbroschüren. Montags bis freitags sollte das Service-Referat von 9-16 Uhr mindestens geöffnet sein. Das Service-Referat kümmert sich mit mobilen AStA-Service-Ständen auch darum, dass auch außerhalb des Studierendenhauses Beratung und Service stattfinden.

4. Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik

Den Bereich der Sozialpolitik wollen wir in das Referat für Hochschul- und Bildungspolitik eingliedern. Der Kontakt zu den Hochschulgremien fällt in den Aufgabenbereich dieses Referats. Da im Senat über Studiengebühren befunden wird und das Akademische Förderungswerk unter anderem die BAföG-Anträge bearbeitet, findet Sozialpolitik an der Hochschule vor allem in diesen Bereichen statt, für die das „HoPo“-Referat zuständig ist.

Gemeinsam mit den angestellten AStA-SozialberaterInnen bietet das Referat eine Sozialberatung an.

Das Referat soll die Studierenden für mehr Engagement für Bildungsgerechtigkeit mobilisieren. Ziel ist es, dass sich viele Studierende gegen Studiengebühren, Master-NCs, schlechte Studienbedingungen und für ein sozial gerechtes und durchlässiges Schulsystem einsetzen. Die Hierarchie soll flach sein, studentisches Engagement von Personen, die nicht dem AStA angehören, ist ausdrücklich erwünscht.

Das Referat unterstützt die bundes- und landesweiten Kampagnen (z.B. Bildungsstreik) und kümmert sich darum, die Inhalte dieser Kampagnen auch spezifisch für den Bochumer Campus aufzubereiten. Der soziale Protest soll kompatibel für viele Studierende sein.

Das Referat vertritt gemeinsam mit dem AStA-Vorstand den AStA im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und beim Landes - Asten - Treffen (LAT).

5. Referat für politische Bildung

Die Studierendenschaft hat die Aufgabe, politische Bildung für die Studierenden anzubieten. Das Referat für politische Bildung erarbeitet ein politisches Vorlesungsverzeichnis, das für alle Studierenden ein breit gefächertes Bildungsangebot bereitstellt. Wir wollen sowohl ein Bildungsangebot für Studierende anbieten, die in der politischen bzw. ökonomischen Theorie bewandert sind als auch für Studierende, für die dies Neuland ist. Wir wollen die

bestehenden Strukturen in die Arbeit einbinden. Primär wollen wir uns dennoch um die politische Bildung für EinsteigerInnen kümmern. Dazu gehören Einführungen in die antifaschistische Arbeit, in den Rechtsstaatsdialog, in soziale und kulturelle Theorien, allgemein- und tagespolitische Diskussionsveranstaltungen und – bei entsprechender Nachfrage – Blockseminare in der vorlesungsfreien Zeit.

6. Referat für Kultur und Wohnen

Wir wollen studentische Kultur fördern. Das Referat erarbeitet ein Semesterprogramm, das in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Initiativen, Gruppen, Fachschaften und autonomen Referaten ein breit gefächertes Kulturangebot für alle Studierenden bereithalten soll. Ein Großteil, der kulturellen Veranstaltungen, wird im Kultur Cafe stattfinden. Der Teil des Campusfests, der auf dem Nordforum (vor Uni-Bibliothek) stattfindet, wird von diesem Referat maßgeblich realisiert. Das Referat soll ein Konzept für eine Ausstellung zur Geschichte der Studierendenvertretung an der Ruhr-Universität ausarbeiten und realisieren. Nicht nur musikalische, sondern auch gemalte und gesprochene/geschriebene Kultur soll von diesem Referat unterstützt werden.

Internationale Kulturabende sollen in regelmäßigen Abständen im KulturCafé stattfinden.

Das Referat leistet für Fachschaften und Initiativen, die eine Veranstaltung planen (Fachschafts-Partys, Lesungen, Diskussionveranstaltungen) Unterstützung bei der Realisierung der entsprechenden Projekte. Veranstaltungstechnik soll beim Referat ausleihbar sein.

Studentische Kultur ist Vielfalt. Gerade in den zahlreichen Wohnheimen und Wohnheimkneipen findet viel studentische Kultur statt. Die Arbeit der WohnheimvertreterInnen (Wohnheimrunde) und der Kulturschaffenden in den Wohnheimen soll durch das Referat unterstützt werden.

7. Öffentlichkeitsreferat

Das Öffentlichkeitsreferat des AStA koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit und stellt den Kontakt zu den Studierenden nicht nur im Internet her. Die Betreuung der Internetseite gehört ebenso dazu wie die Betreuung neuer Kontaktadressen auf anderen Plattformen wie Twitter, StudiVZ und Facebook. Die Öffentlichkeitsarbeit der übrigen AStA-Referate findet in Absprache mit diesem Referat statt, damit der AStA ein einheitliches Bild repräsentiert.

Das ÖA-Referat muss versuchen die Studierenden schon im ihren ersten Semester über die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung auf vernünftige Weise informieren. Hierzu soll angestrebt werden, in den Ordnern der Erstsemester ein geeignetes Organigramm der Verwaltungsorgane der Universität zu veröffentlichen.

Die Herausgeberschaft der BSZ soll – wie an anderer Stelle bereits geschrieben – auf das Studierendenparlament bzw. auf einen SP-Ausschuss übertragen werden. Die Einstellung der RedakteurInnen erfolgt auf Empfehlung dieses Ausschusses, an welchem auch die Fachschaften beteiligen sollen. Ein Leserbeirat, an dem sich alle Studierende beteiligen sollen, soll die Qualität und Überparteilichkeit der BSZ überprüfen.

Die AStA-Wirtschaftsbetriebe müssen gestärkt werden. Eine mögliche organisatorische Zusammenführung der Kopierzentrale im GB und der AStA-Druckerei im GA soll überprüft werden, um weiterhin günstige Kopien anzubieten – ohne daraus ein großes Zuschussgeschäft resultieren zu lassen.

Das KulturCafé muss in seinem Tagesgeschäft wieder gestärkt werden. Zusammen mit allen interessierten Studierenden wollen wir über ein ergänzendes Konzept für das KulturCafé beraten.